

Bezugsbedingungen und Anzeigenspreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 202 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokratie Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag
23. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftsz. 9-5 Uhr
Verleger: Dornbrats-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Die Krise im Farresblock.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Wie der „Vormärts“ hatte sich auch die „Bosfische Zeitung“ gestern mit den schweren Differenzen beschäftigt, die innerhalb des Rechtsblocks ausgebrochen sind. Nach ihrem Bericht soll die von uns dem Sinn nach wiedergegebene Entscheidung der deutschnationalen Reichstagsfraktion folgenden Wortlaut haben:

Die Fraktion hegt schwerste Bedenken wegen der Politik des Außenministers. Wenn diese Politik fortgeführt wird, behält sich die Fraktion vor, gegen Verträge zu stimmen, die im Ergebnis der jetzt geführten Verhandlungen abgeschlossen werden könnten. Sie verlangt, daß die weiteren Verhandlungen unter unmittelbarer Leitung des Reichskanzlers und in ständiger Einberührung mit ihren Vertrauensmännern im Kabinett geführt werden.

Zu dieser Darstellung erläßt nun die deutschnationale Reichstagsfraktion folgende Erklärung:

In der „Bosfischen Zeitung“ vom Sonntag, den 22. März 1925, Nr. 138, findet sich unter der Überschrift: „Die Deutschnationalen gegen Stresemann“ die Mitteilung von einem Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion über Fragen der Außenpolitik, aus dem bestimmt die Sache wiedergegeben werden, und von einem beabsichtigten Schreiben an den Herrn Reichskanzler und den Herrn Außenminister. Die Wiedergabe ist unrichtig. Richtig ist folgendes:

Auf Wunsch der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat in den letzten Tagen zwischen dem Herrn Außenminister und verschiedenen Vertretern der Fraktion über die schwebenden außenpolitischen Fragen, insbesondere die Sicherheits- und die Bänderbündnisfrage und über die von dem Herrn Außenminister auf diesem Gebiet für die Zukunft in Aussicht genommenen Maßnahmen eine nähere Aussprache stattgefunden. Im Anschluß an diese orientierende Aussprache hat dann die deutschnationale Fraktion dieselben Fragen einer eingehenden Erörterung unterzogen. Das Ergebnis dieser Erörterungen war, daß beschlossen worden ist, in Form eines Schreibens an den Herrn Außenminister auf den Verlauf der Unterredung noch einmal näher einzugehen und gewisse Bedenken zum Ausdruck zu bringen. Der Artikel der „Bosfischen Zeitung“ ist demgegenüber tendenziös einseitig. Ein Mißtrauensvotum gegenüber dem Herrn Außenminister ist von der deutschnationalen Fraktion nicht beschlossen und in ihrem Schreiben an den Herrn Außenminister nicht enthalten. Den Vorstoß der „Bosfischen Zeitung“ betrachtet die deutschnationale Reichstagsfraktion als einen plumpen und böswilligen Versuch, in die Regierungsgemeinschaft, der sich die Deutschnationalen sozial angeschlossen haben, Mißtrauen und Unfrieden hineinzutragen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion legt gegen solche Machenschaften schärfste Verwahrung ein.

Durch diese Erklärung erledigen sich auch alle zu dem gleichen Gegenstand im „Vormärts“ und anderen Blättern erschienenen ähnlichen Ausführungen.

Diese Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist mehr eine Bestätigung als eine Berichtigung. Es wird nicht bestritten, daß ein Beschluß vorliegt, der Bedenken gegen die Außenpolitik der Regierung zum Ausdruck bringt. Es wird auch nicht oder nicht klar bestritten, daß die in der „Bosfischen Zeitung“ wörtlich zitierten Sätze in dem Beschluß enthalten sind. Man bestreitet nur, daß der Beschluß ein Mißtrauensvotum darstelle, da ja ein solches den sofortigen Sturz der Luther Regierung zur Folge haben müßte. Und den möchte man natürlich, solange der Präsidentenwahlkampf dauert, gerne vermeiden.

Ueber den Konflikt zwischen den Deutschnationalen und Luther in der Aufwertungsfrage, worüber wir gestern nähere Mitteilungen machen konnten, schweigt sich die deutschnationale Erklärung vollständig aus.

Nach dem „Lokal-Anzeiger“ sollen am Sonnabend vom Reichstag aus an linksstehende Blätter anonyme Zuschriften gerichtet worden sein, die von der Krise im Rechtsblock handelten. Wenn der „Lokal-Anzeiger“ so gut unterrichtet ist, so wird er uns auch mitteilen können, wer der Urheber dieser anonymen Zuschriften ist und welche Ziele mit ihrer Abwendung verfolgt werden. Ist die Vermutung des „Lokal-Anzeigers“ richtig und stellt sich am Ende heraus, daß Leute aus dem Rechtslager mit anonymen Zuschriften an die Linkspresse arbeiten, so läßt das ja auf recht liebenswürdige Zustände auf der anderen Seite schließen.

Für die Verbreitung der deutschnationalen Erklärung wurde gestern der Rundfunk in Anspruch genommen. Wir schließen daraus, daß der Reichsinnenminister Schiele die Macht hat, den Rundfunk nunmehr allen Parteien gleichmäßig zur Verfügung zu stellen, denn die einseitige Beanspruchung dieses Apparats durch die Partei des Ministers wäre ein Mißbrauch schlimmer Art!

Ein aufgeregter Tag in der Reichskanzlei.

Der „Lokal-Anzeiger“ meldet: Am Sonntagmorgen hat in der Reichskanzlei eine Besprechung stattgefunden, an der der Reichskanzler, der Außenminister, der Chef der Reichskanzlei und mehrere deutschnationale Abgeordnete teilgenommen haben. Das Ergebnis dieser Besprechung ist die vorliegende Erklärung der deutschnationalen Fraktion, die über die angebliebenen außenpolitischen Differenzpunkte Aufschluß gibt.

Daraus ergibt sich, daß die Veröffentlichungen des „Vormärts“ und der „Bosfischen Zeitung“ im Reichskanzler gewirkt haben wie ein Steinwurf in einen Ameisenhaufen. Um

eine Krise während der Präsidentenwahl zu vermeiden, sah sich die deutschnationale Fraktion zu einem Rückzug genötigt, der vom „Lokal-Anzeiger“ zu einer Flucht verhandelt wird. Denn nach dem „Lokal-Anzeiger“ sind die Differenzen zwischen der Regierung und den Deutschnationalen nur „angeblich“, die Deutschnationalen sind also vollkommen damit einverstanden, daß Frankreich der Besitz von Elsaß-Lothringen, Belgien der von Eupen-Malmédy garantiert wird, daß auf jede gewaltpolitische Lösung der Ostfragen verzichtet und über den Eintritt in den Bänderbund verhandelt wird mit dem Ziel, ihn auch wirklich zu vollziehen.

Auch die „gewissen Bedenken“, von denen die offizielle Erklärung der Deutschnationalen mit vorsichtiger Behütung noch spricht, verschwinden hier vollständig. Überherrschend ist die Angst, die Wähler könnten merken, was sich hinter den Kulissen des „Rechtsblocks“ abspielt und sie könnten auf Herrn Farres dankend verzichten.

Alideutsche gegen Stresemann.

Der Gesamtvorstand des Alideutschen Verbandes trat am 21. und 22. März in Dresden zu seiner diesjährigen Tagung zusammen, in deren Verlauf Justizrat Eich sich scharf gegen das sogenannte Garantieangebot wandte und in diesem Zusammenhang schwere Angriffe gegen Reichsaußenminister Dr. Stresemann richtete. In einer Entschließung, die hierzu gefaßt wurde, trat der Gesamtvorstand in vollem Umfang der Erklärung bei, die die Hauptleitung des Alideutschen Verbandes befaßlichtlich kürzlich gegen den Garantiepost erlassen hat. Von den Vaterländischen Parteien wird darin erwartet, daß sie diese Politik Stresemanns verworfen, ihre Fortsetzung unmöglich machen und darüber hinaus die Erhebung der Anklage gegen den Reichsaußenminister vor dem verfassungsmäßigen Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich betreiben.

Schwankende Rechtsfront.

Die Deutschnationalen und die von ihnen getragenen Kreise der Schwerindustrie und des Junkertums sind durch hemmungelose Demagogie bis an die Tore der Macht gelangt. Die Deutschnationalen haben sich — sehr im Gegensatz zu ihrem antidemokratischen Programm — zu einer Milionenpartei entwickelt, in der alle möglichen Volksschichten und Strömungen zusammenfließen, alle möglichen und unmöglichen Programme und Wünsche auf Erfüllung drängen. Große Massen ihrer Wähler haben sie dadurch gewonnen, daß sie ihrer Agitation einen scheinbar antikapitalistischen Charakter gaben. Massen des unteren Mittelstandes, handverleiher Offiziere, enttäuschte Arbeiter sind von ihnen unterschiedlos in ihren Reihen gesammelt; es ist symptomatisch, daß die Deutschnationalen im Lande Flugblätter verbreiten, die von Kommunisten geschrieben sein können.

Jetzt stehen die Rechtskreise an den Toren der Macht. Der Sieg bei der Reichspräsidentenwahl soll für die nächsten sieben Jahre eine entscheidende Wendung zugunsten der wirtschaftlich herrschenden Schichten bringen. Aber schon ehe es so weit ist, nahet sich die rührende Remesse. Wenige Monate deutscher nationaler Regierungskunst genügt, um das Gebäude zu erschüttern, das auf Flugland gebaut ist. Schon stößt der schwerindustrielle „Tag“ den Verzweiflungsruf aus: „Halte! Disziplin!“

Wir möchten, gerade vom Standpunkt der Sammlungspolitik, die wir im „Tag“ betreiben, heute, acht Tage vor der Wahl, mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß diese Disziplin am 29. März vollaus gewahrt werden muß. Wir appellieren an das bessere Ich jedes einzelnen Wählers unserer Gesamtrichtung, daß er alle Fragen der persönlichen Interessen, ob wirtschaftlich oder politisch, zugunsten des einen Namens in den Hintergrund stellt.

Wirtschaftlich haben die Kreise der Aufwertungsanhänger im letzten Augenblick aus der Linie zu brechen gesucht. Politisch waren es die engsten Freunde des Generals Ludendorff, die Zersplitterung in die Geschlossenheit des Farres-Blocks bringen. Ist es vaterländisch und volkspolitisch bedacht, wenn, wie es geschah, ein Sparsverbund die Parole der Wahlenthaltung für den 29. März ausgab?

Der Mahnung und den Vorwürfen folgt ein Hinweis auf die Notwendigkeit militärischer Disziplin. Anders können diese Kriegsbürger nicht denken. Sie vergessen nur, daß politische Probleme nicht mit den Regeln des Kasernenhofdrills gemindert werden können. Gerade die Deutschnationalen haben durch ihren hemmungslosen Appell an wirtschaftliche Interessen und Augenblicke am meisten dazu beigetragen, daß die Politisierung auch der Schichten begonnen hat, die früher niemals politisch denken lernten. Jetzt gilt für diese Schichten das Wort Dr. Steinigers: „Die Wähler haben nicht vergessen, was die deutschnationale Partei versprochen hat.“

Sie haben nicht vergessen und der reinfanatistische Charakter der deutschnationalen Regierungspolitik muß daher wie Scheidewasser auf die Massen wirken, die mit Demagogie, mit Gefühlsargumenten, mit hemmungslosen Versprechungen und mit bewusster Lüge in ein Banner gefaßt wurden, das ihren eigentlichen Wünschen nie entsprechen kann.

Zu spät kommt der Appell an die Disziplin. Die Deutschnationalen sterben an der Lüge, die sie groß gemacht hat.

Verleumder in Verlegenheit.

Der Barmat-Schwindel am Ende.

Die Verhandlungen in dem Untersuchungsausschuß des Reichstags, der sich mit dem Fall Barmat beschäftigt, sowie auch die Erörterungen in dem Ausschuß des preussischen Landtags, der eigentlich die Hergabe von Krediten der Staatsbank untersuchen sollte, aber sich bisher mehr damit beschäftigt hat, ob Barmat von Sozialdemokraten in seinen geschäftlichen Unternehmungen unterstützt wurde, sind zu einem gewissen Abschluß gekommen und beide Ausschüsse haben ihre weiteren Beratungen bis Mitte April vertagt.

Bei den Verhandlungen, die oftmals sehr in die Breite gingen, ist die eigentliche Grundlage des Beweisthemas nicht klar hervorgehoben, weshalb es sich lohnen dürfte, im kurzen Zusammenhange darzustellen, welche Vorwürfe gegen die Partei und einzelne Personen in der Partei erhoben wurden und welches Ergebnis die Erörterungen in beiden Ausschüssen bisher zeitigte.

Der Reichstagsausschuß hat sich sehr eingehend mit der Behauptung beschäftigt, die dahin ging: Im Jahre 1919 sei ein größerer Auftrag an Barmat infolge einer Anordnung des Ministers Schmidt trotz des Widerstandes der Reichsstellen zur Ausführung gekommen, dieser Auftrag sei nachher entgegen dem Urteil der Reichsstelle und Reichsjustizstelle aufgehoben worden, um Barmat vor einem Schaden zu bewahren, der durch das Fallen der Mark eingetreten wäre. Auch hier habe der Minister Schmidt die Anordnung getroffen. Aus dem Geschäft sollte fernerhin der sozialdemokratischen Partei ein erheblicher Betrag zugeflossen sein, und daher resultiere das lebhafteste Interesse unseres Parteigenossen Schmidt an der hier gekennzeichneten Form der Erledigung des Vertrags.

Die Vernehmung der Zeugen hat nun ergeben, daß diese Zeugen auch nicht im entferntesten die Darstellung der Deutschnationalen stützen konnten. Niemand von diesen Zeugen hat behauptet, daß bei diesem besonderen Geschäft oder auch bei anderen ein Einfluß des damaligen Ministers geltend gemacht wurde, weder beim Abschluß des Geschäfts, noch bei der Aufhebung. Es ergab sich vielmehr, besonders aus den Akten, daß kein Anhalt dafür gegeben ist, daß dieses Geschäft auf irgendwelche direkte oder indirekte Einflüsse durch den Genossen Schmidt zurückzuführen war. Aus den Akten war ersichtlich, daß entgegen der Behauptung des Wahrheit-Bruhn der Vertrag aufgelöst wurde, weil er nicht für Herrn Barmat ungünstig lag, sondern für die Reichsstellen! Entgegen der verlogenen Darstellung wurde festgestellt, daß die Reichsstellen die Lösung des Vertrags gefordert hatten!

Bewiesen ist weiter durch Zeugenaussagen, daß die Behauptung die Partei hätte aus solchen Geschäftsabschlüssen von Barmat Zuwendungen erhalten, vollständig erlogen ist. Der Wahrheit-Bruhn, der als Richter amtiert, aber als Ankläger auftritt, ist nach all diesen Feststellungen in die Enge getrieben worden und mußte im Laufe der Verhandlungen erklären, daß er gegen Schmidt eine solche Verdächtigung gar nicht erheben wollte. Diese Erklärung stand allerdings in sehr schroffem Gegensatz zu einem Antrag, den er dem Ausschuß unterbreitete, und zu den gleichen Beschuldigungen in der „Deutschen Tageszeitung“. Damit ist das Lügengewebe, das um diesen Fall von deutschnationalen Verleumdern gesponnen wurde, zerrissen.

Die Zeugenernehmung hatte infolgedessen ein eigenartiges Gepräge, als einige Herren, ehemalige Geschäftsleiter der Reichsstellen, aus ihrer persönlichen Abneigung gegen die Anordnungen des Diktatorischen Ausschusses, der damals die Verfügung über die Lebensmittelaufuhr in der Hand hatte, nicht zurückhielten, und aus ihrer Abneigung gegen Barmat ein Hehl machten.

Sicher ließ damals die Leitung der Reichsstellen viel zu wünschen übrig. Vor allem trat unangenehm in die Erscheinung, daß zu Leitern der geschäftlichen Abteilungen Männer berufen wurden, die selbst eigene große Handelsunternehmungen besaßen, oder, wie in einigen anderen Fällen, kurz nach dem Austritt aus ihrer Tätigkeit für die Reichsstellen in einer privaten Handelsgesellschaft als Teilhaber oder leitende Beamten Untertunft fanden.

So war Herr Jaat Reger in Hamburg Inhaber eines großen Getreideimportgeschäfts, zu gleicher Zeit geschäftlicher Leiter der Reichsgetreidestelle. Man wird es verstehen, wenn dieser Herr in der Zeugenernehmung sich sehr abfällig über eine Konkurrenz ausspricht, die ihm von Holland in das Geschäft eindringen wollte, während er wohl der Meinung war, das Geschäft in den Reichsstellen sei nur für seine Leute.

In der Reichsstelle war als Geschäftsleiter seinerzeit Herr Rehbein der Leiter der Allgemeinen Nahrungsmittelimport-Gesellschaft Hamburg, und als er austrat, folgte ihm Herr Schwoon, der sich nach seinem Austritt aus der Reichsstelle mit Herrn Rehbein zusammenband in der Leitung der Gesellschaft „Minari“.

Wir konstatieren diese Tatsache, und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir behaupten, daß eine ähnliche Verquickung von privatem Geschäft und Leitung einer Reichsstelle, wenn sie von einem Sozialdemokraten betrieben würde, der deutschnationalen Ständepresse Anlaß geben würde zu allen möglichen Verdächtigungen!

Bei der Erörterung der Angelegenheit in beiden Ausschüssen der Parlamente ist wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, daß Barmat ein gewisses Monopol in der Einfuhr von Lebensmitteln habe. Daß diese Angabe unrichtig ist, erscheint auch jetzt schon nach den bisherigen Berechnungen einwandfrei dargetan. Es ist von dem Leiter des diktatorischen Ausschusses nachgewiesen, daß im Verhältnis zur Gesamteinfuhr der Anteil Barmats nur ein Prozent betrug. Es gab nur ein Monopol, und zwar das unbestrittene Monopol der Firma Stinnes für die Einfuhr von englischer Kohle während des Ruhrkampfes. Es war die Firma Stinnes, die den damaligen gesamten Bedarf an englischer Kohle für die Eisenbahnverwaltung decken mußte. Es wäre sehr interessant, heute zu erfahren, wie groß diese Lieferung gewesen ist, und welchen finanziellen Nutzen sie für Stinnes erbrachte. Wenn die Presse der Deutschnationalen Anlaß hätte, solche Verquickung von Politik und Geschäft, wie sie unbefreitbar hier vorlag, einem Sozialdemokraten anzuhängen, wie hoch wären die Wogen ihrer „sittlichen Entwertung“ dann geschlagen?

Die Geschäftsführer der Reichsstellen mußten zugeben, daß sie ihre Bedenken gegen Barmat nie dem Minister unterbreitet, und auch der von der Regierung im Jahre 1920 berufenen Revisionskommission, in der auch Vertreter des Parlaments saßen, nicht angegeben haben, daß Barmat nach ihrer Auffassung übermäßig bevorzugt wurde. Es ist aus den sehr umfangreichen Protokollen der damaligen Revisionskommission festzustellen, daß obwohl 32 Zeitungsartikel den Anlaß boten, Untersuchungen über angebliche Verfehlungen der Reichsstellen vorzunehmen, niemand, auch nicht die Herren Schiele, Dietrich und Emminger — um nur diese drei zu nennen, die in der Kommission saßen — Anlaß nahmen, auf den Fall Barmat hinzuweisen und eine Untersuchung der Anwürfe in der Presse zu fordern!

Die ganze Barmatheke schrumpft immer mehr zusammen zu einer der übelsten Erscheinungen, die die Zeitgeschichte kennt: nämlich zu dem gewissenlosen Versuch, eine Millionenpartei und ihre Führer persönlich durch ein Meer von Verleumdungen zu erstickern und dadurch die Wahl eines reaktionären Kandidaten zum Reichspräsidenten zu ermöglichen. Die Piraten der öffentlichen Meinung haben nur zu früh losgeschlagen. So ist es bisher schon gelungen, den größten Teil der Verleumdungen in ihrer Niedertracht zu kennzeichnen. Was noch übrig blieb, wird demnächst vor Gericht zertrümmert werden. Aber was tut der Staatsanwalt? Seit drei Monaten sitzen Barmat und seine Leute in Haft. Der größere Teil von ihnen hat inzwischen schon entlassen werden müssen. Nur drei sind noch festgehalten. Wann endlich erfolgt die Anklage gegen sie, oder ihre Freilassung? Schon hat der Untersuchungsrichter erklärt, daß ein Verdacht des Kreditbetrugs oder der Bestechung der preussischen Staatsbank, wie er ursprünglich angenommen wurde, nicht mehr bestehe. Also welcher Verdacht besteht noch? Wann wird endlich reiner Tisch gemacht? Soll die Anklage wirklich verschleppt werden, bis die Präsidentenwahl vorüber ist und soll bis dahin die Verleumdung unter Berufung auf die staatsanwaltliche Aktion ungehindert weiter wirken dürfen? Wir fordern endlich klaren Bescheid!

Rund um Ludendorff.

Nicht Jährländkandidat, sondern Kuhhandel-Kandidat.

Der „Völkische Kurier“, das Organ Hitlers, stellt Betrachtungen an über das Wesen der Kandidatur Ludendorff. Der Zweck sei, zu verhindern, daß der bürgerliche Kompromißkandidat des zweiten Wahlganges wieder ein Jarres werde:

„Andererseits ist es, wenn das Gewicht der im ersten Wahlgang auf Ludendorff gefallenen Stimmen den Ausschlag zu geben vermag. Wenn wir dieses Ziel im Auge behalten, dann

handelt es sich — ganz abgesehen von allem anderen — bei Ludendorff nicht mehr um eine reine Jährländkandidatur, sondern heute schon darum, der nationalen Opposition einen entscheidenden Einfluß auf den endgültigen Ausgang dieser Reichspräsidentenwahl zu sichern.“

Ludendorff ist also avanciert. Er ist vom Jährländkandidaten zum Kuhhandeldkandidaten aufgerückt.

Als Politiker erledigt.

Wir haben Herrn Ludendorff als Politiker immer bekämpft. Wir haben seine unheilvolle politische Rolle im Kriege und nach dem Kriege angegriffen. Wir haben die Gefahr gezeigt, die seine Sucht, politisch zu wirken, für das Reich bedeutet. Man hat uns deshalb des Landesverrats beschuldigt und als antinational beschimpft. Die reaktionäre Presse hat nach dem Kriege Ludendorff — als militärischen und politischen Heros gepriesen, sie hat ihn als den politischen Erneuerer Deutschlands gefeiert. Wir haben demgegenüber auf die politische Naivität von Ludendorff hingewiesen und sind damals beschimpft worden.

Öffentl. Wähler-Versammlungen

Montag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr:

Berlin-Mitte: Frauenversammlung Reichstasmo, Neue Königstraße 26.

Kreuzberg: 39. u. 48. Abt. Alexandriner, Alexandrinenstr. 37a.

42. u. 43. Abt. Rabes Festhalle, Fichtestr. 29.

46. Abt. Schulaula Görlicher Ufer 2.

47. Abt. Behrendt, Mantuffelstr. 95.

Spandau: Markthalle, Bicheldorfer Straße.

Tempelhof: Hyemu, Germaniastraße.

Johannisthal: Bürgergarten, Ecke Bartstraße.

Wittenau: Schulz, Dranienburger Str. 88.

Redner: Robert Breuer, Dr. Breitfeld, Gertrud Hanna, Ruttner, Lempert, Landa, Dr. Lohmann, Litke, Heinrich Schulz.

Run aber schreibt Herr Hussong im „Lokal-Anzeiger“, der an der Schimpfkampagne gegen uns von 1918 bis 1925 hervorragend beteiligt war:

„Beider nicht zum ersten Male seit damals ist es, daß General Ludendorff sein politisches Konto auf unerträgliche Weise belastet; nicht zum ersten Male, daß man sich gegen den Politiker Ludendorff aufs unzweideutigste wenden muß, so peinlich es ist, daß damit auch der Name und das Ansehen des Generals getroffen wird. Aber die Annahme dieser Kandidatur beweist eine Unempfindlichkeit gegen die Imponderabilien der Politik, die nur immer dringender wünschen läßt, dem Manne Ludendorff nicht mehr auf einem feinem Wesen, seiner Bedeutung und seinem Beruf so fremden Feld so fataler Weise zu begegnen.“

Das heißt sehr spät zur Bernunft gekommen. Wozu der Bärm durch sechs Jahre hindurch, wenn wir nur das allgemeine Urteil über den Politiker Ludendorff zur Grundlage unserer Stellungnahme machen?

Ein gutes Vorzeichen.

Gemeindevahl in Zeitz.

Zeitz, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Zeitz waren für die Sozialdemokratie ein guter Aufschwung für die Präsidentenwahl. Von 22330 Wahlberechtigten übten 19173 ihr Wahlrecht aus, also 85 Proz., 10 Proz. weniger als bei den Stadtverordnetenwahlen am 4. Mai 1924. Die Sozialdemokratie erhielt 7730 Stimmen gegen 6746 Stimmen im Mai, also trotz schwächerer Beteiligung 1000 Stimmen mehr, die SPD. ging von 2504 Stimmen im Mai auf 2277 zurück, die Bürger-

listen auf 2168 Stimmen von 2084 Stimmen im Mai. Am 7. Dezember hatten die Bürgerlisten sogar 10297 Stimmen bekommen. Es erhalten Mandate: Sozialdemokraten 14, Kommunisten 4, bürgerliche Einheitsfront von den Demokraten bis zu den Völkischen 17, SPD. und Bürgerliste verlieren je eins. Die bürgerliche „Mehrheit“, die in der ausschlaggebenden Stimme des Stadterordnetenvorstandes bestand, ist damit gebrochen. Der Erfolg ist um so höher zu schätzen, als der Wahlkampf von unseren Gegnern so gehässig geführt worden ist, wie selten in Deutschland.

Milka und die Landesmutter.

Ein Produkt geistiger Verzückung.

Die Parole „Stimmung und Gemüt“, die von den Deutschnationalen für den Wahlkampf ausgegeben ist, zeitigt schon ihre Früchte.

In Königsberg fand eine der Jarres-Rundgebungen statt. Wie vorgeschrieben, mit Ruffit und Schwarz-Weiß-Rot und Gefang. Nach dem ostpreussischen Junker von Gasp sprach auch Frau Milka Frick, frühere Stresemännische Reichstagsabgeordnete. Rührend, was diese deutsche Frau von Jarres und seiner Frau zu erzählen mußte. Daß Jarres „ein Mann, der die Räte des Arbeiters kennt“, ist zwar gewagt auszusprechen, nachdem gerade Jarres verantwortlich für die Verlängerung der Arbeitszeit der Reichsbeamten ist, und besonders gewagt in Königsberg und Ostpreußen, wo Otto Braun seit Menschengedenken als Anwalt der Arbeiterklasse bekannt ist.

Aber viel schöner ist noch, was Milka von Frau Jarres zu sagen weiß:

„Frau Jarres wird eine wahre Landesmutter Deutschlands sein, wie nun jetzt einmal die Dinge bei uns in Deutschland liegen. Die ganze Persönlichkeit und ihr Edelmut gibt uns Bürgerschaft dafür, daß diese echte deutsche Frau die Ehre und deutsche Stillschleifung hochhalten wird in immer wie in früherer Beziehung, selbst bis auf die Kleidung des weiblichen Geschlechts, daß sie alles fernhalten wird, was die Ehre der deutschen Frau beeinträchtigen kann.“

Man würde es nicht glauben, daß solcher Schmutz geredet wird, wenn man's nicht schwarz auf weiß in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, dem volksparteilichen Organ, gedruckt fände!

Bis heute hat außer Frau Milka noch niemand daran gedacht, daß auch eine „Landesmutter“ gewählt wird, und daß diese Landesmutter auch über die Kleidung des weiblichen Geschlechts zu wachen habe. Aber da Frau Milka das erzählt, muß es ja wohl stimmen.

Uebrigens: Haben nicht die Prehrabanten des Jarres-Block's jahrelang Frau Ebert als „Landesmutter“ verhöhnt und ihr allen nur erdenklichen Klatsch angehängt? Haben sie dieses würdelose Treiben nicht fortgesetzt, bis auch dem blödesten Auge klar wurde, daß all das Geschwafel vor der schlichten Würde der Frau des ersten Reichspräsidenten verfliehe? Will man jetzt die Frau des unmöglichen Herrn Jarres auch in den Strudel des Wahlkampfes ziehen und sie der öffentlichen Kritik aussetzen?

Was sie erwarten.

Ein anderer Redner in der Königsberger Versammlung, der die „nationale Bewegung“ vertrat, verriet, was die Nationalisten gerade von Jarres erwarten:

„Aus ihrer geschichtlichen Entwicklung heraus sieht sich die nationale Bewegung mit ihrem ganzen Einfluß für die Kandidatur von Dr. Jarres ein, weil er eine Persönlichkeit ist, zu der man als dem Oberbefehlshaber des deutschen Heeres eifertuchtsvoll aufsehen kann. Vor allem seine rheinischen Brüder im Westen wird Jarres nicht im Stich lassen und nicht zulassen die Säuberung des deutschen Bodens von allen unerwünschten Ausländern vorzunehmen. Deutschland den Deutschen! Oberbefehlshaber? Ehrfurcht? Säuberung des deutschen Bodens? Ja, ist das nicht alles Aufgabe und Anwartschaft des großen Generals Ludendorff? Das soll alles der kleine Oberbürgermeister Jarres aus Duisburg schaffen?“

Es ist fast als ob man dem Kandidaten Gottähnlichkeit andichten möchte. Und vergißt dabei die Enttäuschung, die eben erst Millionen deutscher Sparer durch den deutschnationalen Aufwertungsbeitrag erlebt haben!

Austausch geistiger Güter.

Am Mittwoch, den 4. März, fand im „Vorwärts“-Gebäude (Zimmer der juristischen Sprechstunde) eine Zusammenkunft derjenigen Parteigenossen und Freunde statt, die ein Interesse haben für den Austausch von Zeitschriften, Zeitungen und besonders Korrespondenzen mit dem Ausland. Genosse Dr. Adolf Paetz, der die Versammlung einberufen hatte und leitete, gab zunächst in einem kurzen Referat einen historischen Überblick über die Verhandlungen, die er mit dem Ausland, speziell mit England, mit einigem Erfolg versucht hat. Er führte unter anderem aus, daß im Sommer 1923 von der Redaktion des „Vorwärts“ ein Aufruf ausgegangen sei, daß deutsche Genossen sich bereit erklären möchten, ihre Adressen aufzugeben, um von englischen Parteigenossen wöchentlich den „New Leader“ zu empfangen. Ende des Jahres 1923 wurde wiederum ein Aufruf erteilt, der diesmal infolged erweitert wurde, als jetzt die deutschen Parteigenossen als Gegenwert den „Vorwärts“ nach England senden sollten. Damit war zum erstenmal der Austausch von sozialistischen Zeitschriften zwischen den Angehörigen von zwei Nationen möglich geworden. Zu beiden Aufrufen hatte sich der Referent zur Verfügung gestellt. Nunmehr wurde im Februar 1924 vom Referenten versucht, diese Austauschmöglichkeit auf andere Länder auszudehnen. Zu diesem Zweck setzte er sich mit der Redaktion des „Populaire“ resp. mit dem französischen Parteigenossen Paul Faure-Paris in Verbindung. Leider verlief diese Aktion trotz Aufrufe im „Vorwärts“ und im „Populaire“ im Sande, da der „Populaire“ bereits am 3. Juni 1924 sein Erscheinen einstellen mußte.

Infolge der anregenden Korrespondenz mit den englischen Parteigenossen und infolge eines Auftrages des Referenten über „Internationale Kleinarbeit“, die Anfang Januar dieses Jahres im „Vorwärts“ erschienen war, stellte sich aber die Notwendigkeit heraus, diesen Austausch von Zeitungen, Zeitschriften, Korrespondenzen auf die breitesten Basis zu stellen, d. h. den Austausch auf alle Länder und auf alle Interessen des geistigen Lebens auszudehnen. Ferner ist es notwendig, daß eine internationale Organisation zur Lösung dieser Aufgaben geschaffen wird, die vielleicht der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ oder dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen werden muß.

Zum Schluß des Referats wurde ein Entwurf vorgelegt und vorgelesen, der die praktische Ausführung dieses Problems näher beleuchtete. Dabei wurde auch der Schwierigkeit der fremden Sprachen gedacht, weil die geplante Organisation vor allen Dingen das Augenmerk darauf zu richten hat, daß der internationale Austausch nicht nur eine Angelegenheit der Sprachkundigen ist, sondern so sollen sich die Proletarier aller Länder ohne Rücksicht auf ihre Sprachkenntnisse daran beteiligen können. Zu diesem Zweck sind in den einzelnen Ländern Uebersetzungsbureaus notwendig, die dem nichtsprachkundigen Arbeiter die Schwierigkeiten des Uebersetzens abnehmen sollen. In der darauf folgenden Diskussion wurde auch das Problem der Weltsprache, des Esperanto, berührt; und von einem Diskussionsredner wurde betont, daß Esperanto die gegebene Sprache wäre, um alle sprachlichen Dif-

ferenzen beim internationalen Austausch der geistigen Güter aus der Welt zu schaffen. Dagegen wurde der berechtigte Einwand erhoben, daß der alleinige Gebrauch des Esperanto für den gegenseitigen Korrespondenzverkehr nicht anständig sei, weil wir eine sofort praktisch unmittelbar vorwärtsführende Organisation brauchen.

Zum Schluß wurde der Vorschlag gemacht, die Anwesenden zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, die etwa nach 14 Tagen bis drei Wochen zu einer zweiten Sitzung zusammenzutreten soll, um das angelegentlichste Problem des „Internationalen Austauschs geistiger Güter“ weiter auszubauen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Das Ausland zum Tode Wassermanns. Anlässlich des Ablebens von Prof. v. Wassermann sind im Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem zahlreiche Beileidskundgebungen eingegangen, so in besonders warmen Worten vom Institut Pasteur in Paris, vom Seruminstitut in Warschau, vom Bakteriologischen Institut in Lissabon und dem Kaiserlichen Institut für Infektionskrankheiten in Tokio. Alle diese gelehrten Anstalten bringen zum Ausdruck, welchen unersehlichen Verlust die Wissenschaft durch den frühen Heimgang Wassermanns erlitten hat.

Wichtiges und Spritziges bei Nelson. Das Nelson-Theater, die mit spiederischem Kokoskajuh ausgekleidete Vergnügungstätte am Kurfürstendamm mit dem zierlichen Bühnchen für pridelnde Sachen und für ein noch dem neuesten Schmitt gekleidetes Publikum, stellte am Sonnabend „Madame Reue“ ins Licht der Öffentlichkeit mit durchschlagendem Erfolg. Sie entzückte die amüser-schreibende Zuschauerschaft; ebenso wie den beruhsensten Kritiker. „Madame Reue“ ist eine im Filmtempo vorüberrollende Folge schmerzlicher Bilder, bei denen die fortlaufende Handlung nur Nebensache ist, prunkhafte Ausstattung und schöne Frauen die Hauptrolle spielen. Sie ist ein klammernder Spiegel unserer beweglichen Zeit, wie sie ein übermütig tänzelnder Beobachter sieht. In den 14 Bildern von Hans H. Bertelt, in den Kapiteln von Schanzler, Bertelt und Benakly steht Geist, Witz und sprühende Laune. Rudolf Nelson trönte das Ganze mit seiner lebenswichtigen, schwingenden und singenden Musik. Nelson sucht nicht Ehrgeiz, ernste, opernhafte Anklänge, er hält sich mit keinen leichten amütsigen Weisen auf der hier einzig richtigen Linie. Der Rhythmus und Schwung seiner Komposition reichen mit. Stellt man die Bilder so um, daß die wirksamsten und wichtigsten an den Schluß kommen, was bei der Art der Reue durchaus möglich ist, und vergleicht man auf politische Belehrung von der Bühne aus, so ist über „Madame Reue“ nur Lobendes zu sagen. Willi Schaffers, Kurt Herron, Hugo Fischer-Köppe und Nina Payne, eine abenteuerlich gezeichnete Grotteskünstlerin voller Charms, konnten sich für den überreich gespendeten Beifall bedanken.

Der junge Chor. Unter diesem Namen wurde vor 1/2 Jahren ein gemischter Arbeiterchor gegründet, der Sonntag in der Singakademie das erste Konzert gab. Zu früh, um absolut nach Richtung der künstlerischen Möglichkeiten gewertet zu werden, doch sehr einseitig die Linie des Volksliedes und das von Kontrapunkt und Sopschwierigkeiten freien a-capella-Gesangs innehaltend. Es ist schon allerhand, daß die Noten sitzen und die Pausen und die Texte

und daß die Einsätze richtig kommen. Bei der Jugendlichkeit der Singenden ist der Eindruck sehr günstig, besonders unter der qualifizierten und belebenden Führung von Heinz Liesen. Er wird selber wissen, daß in einem knappen Jahr keine Konzertreise zu erzielen ist, daß die Soprane noch bedeuten und daß die Gleichförmigkeit der Dynamik noch überwunden werden muß. In einem (von Scherchen primitiv gefügten) ukrainischen und einem russischen Volkschor seien kräftig-gute Männerstimmen auf. Publikum und Sangeschor begeisterten sich am stärksten am „Wedruf“, gebildet zur Melodie der Parfänske, im Satz freier geformt von Liesen. Quartettstücke von Beethoven und Schubert ergänzten das auf Eingängigkeit gestellte Programm. Für müde Nachmittagsstunden hatte die Vereinigung der vier Damen mit den vielen Doppelstimmen (geführt und genannt nach der Primgeigerin Schuber) einen doppelt wohlthuenden Schwung. Die Singakademie war voll besetzt. R. S.

Der Meinesche Männerchor (Musikdirektor P. A. Joseph) beging sein 25jähriges Bestehen mit einem Festkonzert im Saalbau Friedrichshain. Der Capelleiter Schneider widmete dem Chor Jubiläumsworte, die sich nicht in den üblichen Phrasen und nicht-legenden Beglückwünschungen gefielen, sondern auf den Kern des vereintlichen Lebens gingen, hervorhoben, wie nur Gemeinschaftsgeist, der Gedanke: Wirkende an einer gemeinsamen Sache zu sein, eine Körperhaft durch Klappen und Gefahren führt. Die 25 soll dem Chor ein Vorwärts, nicht aber im gleichen Maße ein Zurückbleiben gebieten. Nachdem der bestehende Verein in wahrer Jubiläumsschätzung, die begeistertes Gelingen dann schon immer verbürgt, hegars „Burdeshied“ und einen Wahlspruch in der Vertonung seines Dirigenten gefungen, legte der Aufmarsch der Vereins ein. Es langen Männerchor Harmonie-Charlottenburg, Männerchor Heidenröste-Siemensstadt, Männerchor Roabit, Männergesangsverein Berliner Liebesfreunde, Berliner Schubertchor und zum Schluß obermals der Festverein. Es war ein lebhaftes und angeregtes Musizieren, das von dem Können, dem Material der Chöre und den Fähigkeiten der Dirigenten und ihrer Grundeinstellung ein bereedtes Zeugnis ablegte. Es wäre schade, eine solche Stunde angeregten friedlichen Miteinandersings und Musizierens kritisch zerpflücken zu wollen. Um eines sei nur gebeten: das gegenseitige Sich-Beklatzen nicht nur nach, sondern sogar vor der Leistung ist eine Unsitte, die man nicht übernehmen sollte. Unsere Zeit, die einen klärlchen und dabei lapidären Lebensstil prägt, verdrängt eine solche theatralische Beweihräucherung nicht. Die Dirigenten sollten dazu nicht herausfordern, indem sie dem Publikum am Anfang allzusehr ihre Devotion bezeigen. — Dem Meineschen Männerchor aber ein Heil auf den ferneren Weg! S. G.

Eine Vorlesung von Franz Karl Ginzley veranstaltete der Desterreichisch-deutsche Volksbund im Künstlerhaus. Der Dichter begann mit der „Reise nach Komatuku“, einer Kindheitserinnerung von intimer Reiz. Sein „Befrag mit dem lieben Gott“ aus der epischen Dichtung „Erhöhung der Eva“ hat auch eine soziale Note. Am meisten Beifall fanden die Volkaden aus dem alten Wien.

Walter von Holz liest am 25. abends 8 Uhr, im Rahmen der Autorenabende 3. 2. Spatich im Bürgeraal des Berliner Rathauses aus dem Romanmanuskript „Dobemay“.

Das Geständnis des Herrn Jarres.

Statt zu enthüllen, gibt er alles zu.

Unsere Veröffentlichungen über die Verfassungspolitik des Rechtsblockkandidaten Jarres haben die Rechtskreise einigermaßen in Verwirrung gebracht. Seit Tagen wird angekündigt, daß Jarres am Sonntag „enthüllen“ werde. Diese Enthüllungen sind gestern in Hamburg und in einer Parallelsitzung in Hannover erfolgt. Vergeblich sucht man nach irgend etwas neuem. Jarres beschränkt sich darauf, zuzugeben, daß er beim Abbruch des passiven Widerstandes in vollen Händen kopflos war. Die Verhandlungen mit den Gegnern habe abbrechen wollen. Seine einzige Entschuldigung ist, daß andere angeblich noch viel tüchtigere Pläne entwickelt haben sollen. Diese anderen nennt er nicht mit Namen, er spricht nur von Führern des Zentrums und der Demokraten, die ihm wohl selbst antworten werden. Was damit zugunsten von Jarres erwiesen sein soll, bleibt sein Geheimnis.

Geradezu komisch wirkt es, wenn Jarres sich immer wieder darüber beschwert, daß seine damaligen Vorschläge zum Gegenstand „häßlicher Angriffe“ gemacht würden. Bei dem unpolitischen und unwissenden Publikum, dem er als Präsidentschaftskandidat präsentiert wird, mag er vielleicht damit Eindruck erwecken. Zugunsten seiner Sache spricht dieser naive Appell an die Sentimentalität aber nicht. Nicht seine persönlichen, sondern seine politischen Eigenschaften werden angegriffen. Jarres verlor im Moment der Gefahr den Kopf. Ein solcher Mann kann nicht Reichspräsident werden, auch dann nicht, wenn die Schwerindustrie Presse jetzt die Dinge auf den Kopf stellt. Grotesker kann man mit der Wahrheit nicht umgehen, als z. B. der „Montag“, der den Mut hat, dem Versammlungsbericht hinzuzufügen:

„An Hand eines ausgezeichneten Tatsachenmaterials verstand es Dr. Jarres, die gegen ihn ins Feld geführten Behauptungen und Argumente der Gegenseite ad absurdum zu führen. Durch immer wieder einsehenden Selbstbetrug befandete die Versammlung, daß die Handlungsweise Dr. Jarres' in jener schweren Zeit durchaus den damaligen Notwendigkeiten entsprach und daß er das deutsche Vaterland dadurch vor Schlimmerem bewahrt habe.“

Die „Handlungsweise“ des Herrn Dr. Jarres hätte, wenn sie sich hätte durchsetzen können, uns den Verlust des Rheinlandes gekostet. Statt der Erhaltung des Rheinlandes hätten wir dann die billige Phantasie, uns in zwanzig Jahren durch einen Krieg das Rheinland wiederzuholen. Das, was Jarres jetzt noch als „Utopie“ bezeichnet, war die offizielle Politik der Reichsregierung, des Reichsaußenministers Dr. Stresemann. Diese Politik wurde von der Sozialdemokratie entscheidend beeinflusst, ohne jemals zu den Londoner Abmachungen gekommen. Es gehört ein erstaunlicher Mut dazu, sich als Präsidentschaftskandidat heute noch hinzustellen und die Kopfsichtigkeit im 1923 anzuheften als richtig zu verteidigen. Die Antwort des Volkes auf eine solche Kandidatur kann nur sein: Fort mit Jarres!

Jarres' Hamburger Rede.

Hamburg, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag mittag fand in zwei Sälen in Hamburg die Wahlumgebung des Rechtsblocks mit Jarres statt. Jarres wurde durch ein Stabskapitän zu einer schwarzweißrot geschmückten Tribüne geführt, mit Militärmusik und rasenden Heil- und Hochrufen begrüßt. In seiner Rede bekannte er sich zwar offen zu seiner Verfassungspolitik, versuchte aber Verschleiierungen, indem er den Spieß umdrehte und den gegen ihn gerichteten Vorwurf gegen die Demokraten und das Zentrum erhob. Jarres führte aus:

„Ich habe im Besten im Kampfe um die Freiheit des Reiches gestanden. Ich habe ihn miterlebt, unter ganzem Einsatz meiner Person, und ich wußte für mich keine andere Lebensaufgabe, als die Freiheit des Reiches, die Erhaltung der Einheit des Reiches mit meinen Kräften zu versuchen. Der ehrliche Kampf, den ich mit vielen Gefinnungsgenossen durchgeführt, hat mir auf der einen Seite die Anerkennung eingebracht, von der anderen Seite aber viele häßliche Angriffe. Glauben Sie mir, es widerstrebt mir und ist mir widerwärtig, die Meinungsverschiedenheiten, die erledigt sein sollten, wieder hervorzuholen. Der Ruhrkampf ging äußerlich verloren, innerlich aber brachte er uns reichen Gewinn, denn er war der Ausgangspunkt der langsamen Gesundung unseres Vaterlandes. Als der passive Widerstand aufgegeben werden mußte, haben die verantwortlichen Männer sich zusammengesetzt, um diejenige Lösung zu finden, die für das Vaterland die beste sei, und haben damals mit Nachdruck den Gedanken in den Vordergrund geschoben, daß jeder die ihm richtig erscheinende Lösung auszusprechen und vertreten soll. Aber der dann gesunde Weg müsse gemeinsam betreten werden. Beim Suchen dieses Weges sind Gradunterschiede zulage getreten. Die linksstehenden Kreise meinten, man solle dem Verlangen Poincarés auf Einstellung des passiven Widerstandes entsprechen und dann versuchen,

auf dem Wege der Verständigung eine Lösung zu finden.

„Ich habe diese Erwartung als Utopie angesehen. Für mich und meine Freunde war klar, daß Kopfsichtigkeit nicht zum Ziele führt, sondern neue und unendliche Qualen für die Bevölkerung bringen würde. Das Ziel der französischen Politik ging offenbar dahin, die Bevölkerung des besetzten Gebietes auf dem Wege der Freiwilligkeit zu der Staatsumformung der Rheinlande zu bringen, die Frankreich auf dem Wege der Gewalt zu erzwingen sich nicht getraute. So bestand die Gefahr, daß auf der einen Seite das Reich nicht mehr die notwendigen Geldmittel bereit stellen konnte, auf der anderen Seite aber die Verzweiflung in den Rheinlanden die Bevölkerung dahin treibe, sich mit einer staatsrechtlichen Aenderung abzufinden. Diese konnte nur durch eine starke politische Tat verhindert werden. Aus innerer nationaler Kraft versuchten wir uns der Gefahr nicht zu erwehren, deshalb mußten wir es versuchen, auf internationalem Wege zu erreichen. Eine Grundlage dafür bot die Note Lord Curzons, in der die Ruhrbesetzung als unrechtmäßig bezeichnet worden war.“

„Unter Berufung hierauf hatten wir den Befehlsmächten bekanntgegeben, daß wir uns diesen Mächten gegenüber dem Friedensvertrag so lange als esbunden erklären, als nicht vertragsmäßige und völkerrechtliche Zustände hergestellt werden. Ich war mir vollkommen klar, daß dieser Schritt unter Umständen schwere Opfer und weitere große Not bringen müßte,

aber das, was getan worden wäre, wäre nicht schlimmer gewesen als das, was durch Verhandlungen gekommen wäre. Diese meine Haltung hatte mit Preisgabe des Rheinlandes nichts zu tun, sondern zum Ziel, die Bestrebung schwach gewordener Kreise im Rheinland auf Aenderung in staatsrechtlicher Beziehung zu hemmen. Wie ist es denn gekommen? Im Herbst 1923 sahen die Verfassungspolitiker (Stresemann) keinen Weg mehr, das Rheinland bei Deutschland und Preußen zu halten. Nachdem man gegen mich die schwersten Vorwürfe erhoben hat, darf ich nicht weiter verschweigen, daß maßgebende Führer des rheinischen Zentrums und der Demokraten in der kritischen Zeit sich nicht gezeigt haben, als einzigen

Weg Verhandlungen mit dem Feind zu bezeichnen, bei denen die Zugehörigkeit zum Reich und den Ländern preisgegeben und ein selbständiger Staat zugestanden werden sollte. Angesichts dieser Sachlage frage ich: Wer hat Verfassungspolitik getrieben? Diejenigen, die nur am Ende die Möglichkeit eines autonomen Staates sahen und damit die nationale Zukunft des Rheinlandes preisgaben oder diejenigen, die wie ich

mit starker politischer Tat, wenn auch mit vorübergehenden schweren Opfern das Rheinland dem Reiche sichern wollten?

Die Krisensituation jener Zeit ist jetzt glücklich überwunden, aber das ist nicht das Verdienst jener Parteien, sondern das der Reichsregierung. Widerwärtig ist es, daß jetzt aus waldemagogischen Gründen eine ehrlich gemeinte und nationale Politik verdächtigt wird. Ich habe mich ungern an dieser Diskussion beteiligt, aber die politische Ehre verbietet uns, weiter zu schweigen. Jetzt können wir sagen, der Kampf um das Rheinland ist zugunsten Deutschlands entschieden. Aber wir werden auch in der Zukunft gezwungen sein, das Rheinland zu behüten. Die Gefahren der Zukunft werden wir aber übersehen, wenn das deutsche Volk Vertrauen zu seiner Führung hat. Zum Schluß erklärte Jarres, es sei die vornehmste Pflicht des Staates, durch gerechte Entscheidungen die Auslandsdeutschen in die Lage zu versetzen, ihre verlorenen Posten wieder anzunehmen. Im deutschen Volk herrsche auch der Wille und das Verlangen, in kolonialistischer Tätigkeit seinen Willen und seine Fähigkeiten zu bezeugen. Jarres wies auf den Geist des alten Hanfatenismus in der Hoffnung hin, daß das deutsche Volk immer von einem unabwiesbaren Strohbeckerglauben erfüllt sein müsse.

Sowjetarbeit für Jarres.

„Rote Frontkämpfer“ mit Knüppeln und Messern gegen die Republik.

Duisburg, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Partei hatte gestern, Sonntag, nach Walsum bei Hamborn eine Wahlversammlung abgehalten, in der Landtagsabgeordneter Gen. Schluchmann sprechen sollte. Als der Redner beginnen wollte, rief einer der anwesenden Kommunisten: „Jetzt ist es 5 Minuten vor 12“. Dieser Jurak war für die übrigen Kommunisten das Signal zur Sprengung der Versammlung. Von außen drängte ein Trupp „Roter Frontkämpfer“ unter Führung des als Versammlungsprenger bekannten hamborner Stadtverordneten Grindel in den Saal ein. Als die am Saaleingang stehenden Genossen sich wehrten, gingen die Kommunisten mit brutaler Gewalt vor und bombardierten die Versammlungsteilnehmer mit Stöcken, Biergläsern, Stöcken und anderen geistigen „Argumenten“. Es entstand eine ungeheure Panik, so daß viele Personen schwer verletzt wurden. Genosse Schluchmann erhielt einen Messerstich in die linke Hand. Neunzig Jahre alt und insbesondere die Kopfverletzungen. Ein Krämpel, der an zwei Krücken ging, wurde zu Boden geschlagen. Die Krücken hat das Gefindel zerbrochen. Als die Kommunisten ihr Werk vollbracht hatten, gaben sie auch die Erklärung für ihre Schandtat mit den Worten: „So, jetzt habt ihr wenigstens auch einmal den „Roten Frontkämpferbund“ gespürt. Der Versammlungssaal bildet ein Trümmerfeld, in dem nicht ein Tisch oder Stuhl ganz geblieben ist.“

Damit ist auch außerparlamentarisch die Einheitsfront der Kommunisten mit den Völkischen geschlossen. Wie sollte es die Messerschneiden links nicht zu den Pistolenwinklern rechts ziehen?

Heerschau der Reaktion.

Mit Handzetteln und schwarzweißroten Plakaten, mit Presseaufstufen und mit Jarres-Postkarten hatte der Reaktionsblock gestern seine Mannen in den Sportpalast zur „großen vaterländischen Kundgebung“ für Verfassungsjarres, den „Aerdeutschen Mann“, dirigiert. Und was kam, füllte den Sportpalast zu 75 Proz. Die Zugkraft der deutschnationalen Demagogie ist eben im Schwünde begriffen, auch die Winderbegabten beginnen einzusehen, daß nationalistische Politik Verheerung, Schwindel und Bluff ist, und daß die Aktivität unserer Monarchisten einzig und allein darin besteht, strupellos zu verkommen und gewissenlos das niedrigeren, was andere in mühevoller Arbeit, in hartem Dienst am Volk aufgerichtet haben.

Auch gestern fehlte jene rührige Tischdecoration nicht, mit der die Schwarzweißroten die Tränendrüsen des Speichers zu kühlen verstehen. Siegertranzapellen in Uniform, schwarzweißrote und Hakenkreuzfahnen, Hitler-Babies mit Jarreeschen Armbändchen (was tut man nicht alles für das Geld der Schwerindustrie!), Heil- und Hurrarufe und jene für den anderen unerträgliche Atmosphäre völliger Geistesohne, in der die mit Gift gepaarte Idiotie der monarchistischen Propaganda allein gebelbt. Diese Verammlung des angeblich „überparteilichen“ „Reichs“ (Rechts)blocks hatte einen so ausgesprochenen nationalrevolutionären, einen so

ausgesprochenen rechtsradikalen Charakter,

offenbarte alles in allem einen solch unerhörten Grad strupelloser Gehässigkeit, daß man sich fragen muß, ob Jarres den Mut findet, sich mit solchen politischen Gesinnungen zu identifizieren. Wie verrohend die sinnlose Verheerung auf die verbündeten Partei-gänger der Rechten wirkt, bewiesen drastisch und zur Genüge jene Zwischenrufe aus der Mitte der Versammlung, die die Aufspülungs-bonnots der Parteiredner harmonisch illustrierten. Jedenfalls muß gesagt werden, daß von einer Überparteilichkeit im Rahmen dieser wüsten Hejnerformel bei Leibe nichts zu finden war, und es ist typisch für die Geistesverfassung des deutschnational-vollsparteilich-pöblistischen Publikums, daß Reinhold Wulles Hejtraden den weitest-härtesten Anfall fanden. Originell war, wie ich Wulle unter dem Beifall auch der anwesenden Volksparteiler gegen die Klugheit der deutschen Außenpolitik seines vollsparteilichen Kampfgenosse Stresemann wandte. Ein etwas besser funktionierendes Gehirn, als es das monarchistische Veramundungsbejager im allgemeinen ist, hätte doch für die bodenlose Inkonsequenz, die Unmoral dieser Diktandenpolitik derer um Jarres und Wulle erkennen müssen. Der schneidige Major v. Sedlin, der Ausschreiber der deutschen Nationalunkepartheit, erklärte folgend mit apertemwörterter Offenheit, daß der Kampf unter den schwarzweißroten Fahnen ausgeschlossen werde. Christlich, deutsch, national, eingedenk schwerindustrieller Belange, kurzum, ein ganzer schwarzweißroter Mann sei Karl Jarres. Dann offerierte der Monarchist das alibekannte Dolchschloß, was das sympathische Publikum mit ohrenbetäubendem Zustimmungsgedrüll quittierte. (Rufe: Rote Verräter, an den Galgen um.) Hemmungsloser Erfüllungswahn sei unser Unglück gewesen. Nach unflätigen Beschimpfungen der Sozialdemokratie sprach der Hejredner von Barmat- und Außer-Parteien, das mußte aber war, als sich der armseilige Rampepodat erdreiste, den toten Reichspräsidenten zu schmähen.

Alte Lügen.

Braun und die Verfassungspolitik.

Die Brüder von rechts wissen scheinbar nicht mehr ein noch aus. Da Herr Jarres seine Kopfsichtigkeit im Herbst 1923 nicht bestritten kann, so versucht die ihm nahestehende Presse jetzt gegen andere Politiker ähnliche Angriffe zu verbreiten. Natürlich war damit noch nicht das geringste für Jarres gesagt. Aber man hofft auf die Weise ablenken zu können. Die „Deutsche Tageszeitung“ gliedert eine Rede von Jarres vom Dezember 1924, in der er behauptet:

„Herr Hilferding (Soz.) und der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun waren es, die für sofortige Einstellung der Zahlungen für das besetzte Ruhr- und Rheingebiet eintraten. Wer heute noch behauptet, ich wolle das Rheinland verraten, den bezeichne ich vor aller Öffentlichkeit für einen politischen Heuchler und Lügner.“

Natürlich ist das ein unerhörter Schwindel. Bereits am 22. November 1924 hat der amtliche „Preussische Pressedienst“ gegen die „Zeit“, als sie dieselbe Behauptung aufstellte, eine Erklärung veröffentlicht, die diese Lüge gebührend brandmarkte. In der Erklärung heißt es:

„Ministerpräsident Braun ist während der ganzen Zeit, in der sich die Dinge im Rheinland kritisch zu entwickeln drohten, ununterbrochen und mit aller Energie für die berechtigten rheinischen Interessen eingetreten.“

Er hat sich gegen die sogenannte Verfassungspolitik, die als verhängnisvolle Katastrophopolitik einschätzte, innerlich der Regierung und vor der Öffentlichkeit des Landtages mit der denkbar größten Schärfe gewandt.

Er hat sich daher auch niemals — und darum handelte es sich in den kritischen Tagen ja ganz besonders — für die Einstellung der an die Erwerbslosen in den besetzten Gebieten gezahlten Unterstützungen gewandt, sondern ist in den entscheidenden Besprechungen mit dem Reichskabinett lediglich dafür eingetreten, daß diese Erwerbslosenunterstützungen von ihrer exceptionalen Höhe auf das im ganzen Reich zur Anwendung kommende Maß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches zurückgeführt würden, und daß vor allem nur die wirklich objektiv Berechtigten diese Unterstützung erhielten. Und das erst, nachdem sich L. herausgestellt hatte, daß sehr viele Erwerbslosenunterstützungsempfänger in den besetzten Gebieten diese Zuzahlungen zu Unrecht erhielten, und daß so sehr erhebliche Summen vom Reiche auf diese Weise unnötig verausgabt wurden, und 2. nachdem die beiden aufeinanderfolgenden Reichsfinanzminister übereinstimmend erklärt hatten, daß sie überhaupt die Mittel zur Weiterzahlung auch der eingeschränkten Erwerbslosenunterstützung nicht mehr besäßen!

Im übrigen läßt die „Zeit“ sehr gut daran, ehe sie Ministerpräsident Braun der Verfassungspolitik beschuldigt, einmal das Protokoll der Landtags Sitzung vom 5. Dezember 1923 nachzulesen, in der der Ministerpräsident Braun im Rahmen eines starken Treubekenntnisses zu den Rheinländern für die gleichmäßige Behandlung der Bevölkerung im besetzten und unbesetzten Gebiet in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung eintrat und vor allem erklärte, daß die Preussische Staatsregierung jede staatsrechtliche Aenderung in bezug auf die Rheinlande, jede territoriale Aenderung preussischen Gebietes und jede Beeinträchtigung preussischer Hoheitsrechte mit allem Nachdruck ablehne und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werde.“

Otto Braun hat also als preussischer Ministerpräsident in jeder Weise gegen die Kopfsichtigkeit des Herrn Jarres angeknüpft und ihm, wie der Haltung der Sozialdemokratie es mit in erster Linie zu verdanken, daß die Reichsregierung in ihrer Mehrheit damals die Herren nicht verlor, sondern den einzig möglichen Weg der Verhandlungen ging, der über London zu einer langsamen Gesundung unserer Verhältnisse führte. Jarres läßt gut, wenn er seine Rechtsblockpresse anwiese, nicht allzu faulhaft zu lügen. Das ist doch ungewöhnlich.

Am der Spitze des Reiches hat ein Mann gestanden, der Parteimann war, solange er lebte. (Rufe: Ein Landesverräter.) Nie wieder einen Sozialdemokraten. (Beifallsgedrüll.) Nie wieder einen Marxisten. (Rufe: Die Juden, die Juden!) Wieder mit der Partei der verborrenen „Schwarzhände“. (Gehent.) Jarres ist ein mutiger Mann, ein ganzer Mann, ein großer Mann. (Bravo! Bravo!) Auf's infamste wird er von der Linken verleumdelt.“ So erzählt man in Hamburg ungläubigerweise, daß Frau Jarres ein abgöttisches Heuere habe. (Stürmische Witze, einer schreit: Ist das wahr?) Das soll wahr sein? Frau Jarres, diese hochgewachsene, blonde, edelmütige Frau... (Bravo! Bravo! Heilrufe und Zustimmungstrampeln) ist ferndeutscher bis auf die Knochen. (Heil!) (1!) Natürlich ist nach dem deutschnationalen Humoristen der Vorwurf der Verfassungspolitik Schwindel. Nach dieser humorvollen Kanone kam ein nicht minder wüthiger Wurf, der Amtsrat Boffow, seines Zeichens Vorsitzender der „Vereinigung vaterländischer gesinnter Katholiken“, zu Wort.

Einige besonders gelungenen Scherze: Das Zentrum hat fortwährend die nationalen und vaterländischen Besänge verraten. (Bravorufe.) Die landesväterliche Gefinnung der Sozialdemokratie ist ganz offenbar. (Wüstes Zustimmungsgedrüll.) Braun war am Rützungsarbeiterstreik beteiligt (1!). (Rufe: Rieder mit dem Verräter!) Die Sozialdemokratie ist vom Teufel, aber auch

das Zentrum ist eine Angelegenheit des Satans.

(Beifall, Rufe: In die Hölle mit ihnen!) Rieder mit dem Königreich Barmat! (Lärmende Zustimmung, Beifallstrampeln.) Der Herr Dr. Cather, ein würdiger Vertreter der Chemischen Deutsche Volkspartei, zeigte, daß er ebenso ruiniert hegen und verkommen kann wie die wilderen Brüder. Er hatte für sein markiges Geißle den alten Bismarck reklamiert, sprach etwas dunkel vom Bismarckgeist, mit dem der gute Bürger an die Wahlurne schreiten müsse, und betonte, daß der Rechtsblock einen ferndeutschen Mann wahrhaften Sinnes von der Schwerindustrie eingehandelt habe. Nach einer schmutzigen Beschimpfung des von der Reaktion ermordeten Erzbischofs kam der famose Diener Gottes zu einem dreifachen „Nores-Heil“. Erleichtert ließ man den streitbaren Sohn der Kirche ziehen, um dem Hauptclow (oder Clown) des nationalstiftischen Varietés in die Hände zu fallen: dem blondgehaarten Reinhold Wulle. Lobendes Heilsgeschrei seiner Botaniker umbrachte ihn, sie trampelten, daß es eine Lust war. Schauerlich schimpfte Reinhold über den Barmat-Staat und die verfluchten Juden, begehrte Heil, gab seinem Bejgenossen Stresemann ein paar inienlose Maulschellen und betonte, daß Jarres

„schwarzweißrot bis auf die Knochen

sei“. Ohne den Namen zu nennen, attackierte er den verlaunsten Bürgerbräustrategen, den Hitler-Papa Lubendorff. Wer den „nationalen Block“ sprengt, wäre ein Verräter.

Da in lang man die „Wacht am Rhein“, schlug sich siegreich auf die Baisdamer Straße, trotz Schlagschraubens und Hippurra, und während die mandelnde Arterienverfaltung unter „Heil“ und „Auf!“ ihren schwarzweißroten Fahnen in die Räucherammer trug, verlor sich der nationalstiftische Spul.

Für Oberschlesien.

Zur Erinnerung an den Kampf um Oberschlesien, der vor vier Jahren in der am 20. März 1921 vollzogenen Volks-

Ueberfall auf eine Frau im Vorortzug.

Am vergangenen Sonnabendabend um 10 Uhr wurde eine Frau im Abteil 3. Klasse des Vorortzugs 959 auf der Fahrt von Rangsdorf nach Dahlewig von einem Reisenden überfallen, ihrer Handtasche mit Inhalt beraubt und am Halse gewürgt.

Oberbürgermeister A. D. Wermuth vollendet heute sein siebenzigstes Lebensjahr. Wermuth, der frühere Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, wurde 1912 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt.

Achter Gesundheitspflege des Kindes in Schule und Haus spricht Gen' Er. Rosenkranz am Dienstag, 24. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula der 219. Gemeindefchule, Christenburgerstr. 14/15, in einer gemeinsamen Uebersammlung der 201. und 218. Gemeindefchule.

Kriegsgemeinschaft der Kinderfreunde. Die Gruppen werden gebeten, die neuere Zeitschrift 'Kinderfreund' in unserem Büro, Lindenstraße 3, 2. Hof 1, 11 Tr. (bei Genoffin-Löwenhagen) abzugeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 14. Kreis Neukölln. Abteilungsleiter! Heute (Montag) abends: Material abholen im Parteibüro.
15. Kreis. Abteilungen 106-108. Die Genossen müssen sich heute abend an der öffentlichen Besprechung in Johannisthal, Bürgerpark, beteiligen.
17. Uta. Heute 7 1/2 Uhr: Funktionärskonferenz bei Dose, Nordhafen 8. Wie Besatzung müssen erscheinen.
23. Uta. Charakterisierung. Dienstag, abends von 7-10 Uhr: Funktionärskonferenz bei Dose, Uta 10 Uhr alle Genossen bei Schweiß, Graumannstr. 2 hkn. bei Dose, Kulturstr. 25.
27. Uta. Treiben. Die Mitgliederparlament am 28. März 1921 aus. Beteiligung aller Genossen an der Kundgebung im Sportplatz.
31. Uta. Neukölln. Heute abend 7 1/2 Uhr: Bekannter Abend für die Frauen der Uta. Besprechung bei Dose, Kulturstr. 25.
32. Uta. Neukölln. Die Frauenabend findet erst am Montag, 30. März, statt, nicht heute abend.
Schönberg-Friedens. Die Arbeitsaufschwüfung des Kulturfortschritts wird um einige Tage verschoben werden. Näheres wird durch Einladung mitgeteilt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'. Geschäftsstelle: Berlin S. O. Sebastianstr. 33/34, Hof 2 Tr.
Kameradschaft Mitte. Die Kameradschaft trifft sich am Dienstag vormittag bei der Besichtigung des Kameraden Biermann, am Eingang des Friedrichhofes in Weissenhof, Lothringers Str. nicht um 10 1/4 Uhr, sondern um 11 1/4 Uhr.

Sport.

- Rennen zu Mariendorf am Sonntag, den 22. März.
1. Rennen. 1. Koordhof (R. Hartell), 2. Dombflog I (S. Weig), 3. Baumelle (G. Lautenberg). Toto: 14: 10. Platz: 14, 16, 15: 10.
2. Rennen. 1. Brodhare (R. Wills), 2. Starbella (G. Wills).
3. Rennen. 1. Oshof (S. Weig), 2. Hens (M. Borhain).
4. Rennen. 1. Lucius (G. Wills), 2. Prinz Bagawan (S. Wills).
5. Rennen. 1. Alice Root (G. Wills), 2. Parcel (R. Wills).
6. Rennen. 1. Euban (G. Wills), 2. Königsabler (G. Lautenberg).
7. Rennen. 1. Euban (G. Wills), 2. Königsabler (G. Lautenberg).
8. Rennen. 1. Interpellant (G. Wills), 2. Palmer (R. Wills).
9. Rennen. 1. Euban (G. Wills), 2. Königsabler (G. Lautenberg).

Bewerkschaftsbewegung

Von den rumänischen Gewerkschaften.

Aus Bukarest wird uns geschrieben:
Rumänien in seiner neuen Gestalt ist das europäische Land, das am unmittelbarsten den Übergang vom Okzident zum Orient darstellt. Und die Arbeiterbewegung sieht man hier durchaus als eine westeuropäische Sache an.

Arbeiter, Republikaner Berlins!

Morgen und folgende Tage müssen alle Freunde und Anhänger der Republik die schwarz-rot-goldene Flagge zeigen.

Heraus mit den Fahnen der Republik! Heraus mit dem roten Freiheitsbanner!

Seit einem Jahre sind die rumänischen Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale angeschlossen.
Zunor hatte eine Spaltung stattgefunden. Die Kommunisten traten aus und bildeten eine eigene Gewerkschaft, die 'Einheitsfront'.

Einige raffen sich auf und werden revolutionär. Über ungeschult, fügen sie sich in keine Organisation ein. Sie laufen irgendeinem 'Führer' nach, der sie dann verläßt, wenn er es zum Abgeordnetenmandat brachte, oder sonst landesüblich durch Bakshisch gewonnen wurde.

Einige raffen sich auf und werden revolutionär. Über ungeschult, fügen sie sich in keine Organisation ein. Sie laufen irgendeinem 'Führer' nach, der sie dann verläßt, wenn er es zum Abgeordnetenmandat brachte, oder sonst landesüblich durch Bakshisch gewonnen wurde.

Die Gewerkschaften Rumaniens stehen in schwerem Kampf gegen die nationalstolischen Monopolgesetze der Regierung. Diese ordnen an, daß in allen Industrieunternehmen mindestens 60 Proz. des Kapitals in rumänischen Händen sein muß.

müßt von Tag zu Tag. Wohl gibt es eine Arbeiterkassenorganisation, aber von ihr gilt der Ausspruch des Sekretärs des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, anlässlich seines letzten Besuches in Bukarest: 'Rumänien steht an der Spitze der Länder, die versprechen, es verpflichten, was man von ihm verlangt und unterschreibt jedes Papier, das man ihm vorlegt. Wie gut wäre es aber, wenn es all das halten würde, was es so leicht verspricht!'

In den Karpatenländern breitet sich auf einer reichhaltigen Rohstoffbasis eine blühende Industrie aus, die, wenn erst ausländisches Kapital ins Land strömen wird, zweifellos einen ungeheuren Aufschwung erleben wird.

Holzpanzerverbot.

Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot. Holzpanzerverbot.

Das Bericht rief dem Vertreter der Firma dringend, sich mit der Stägerin dahin zu einigen, daß sie, vielleicht in einer anderen Abteilung des Betriebes, wieder eingestellt werde.

Einige Tage nach dem Termin ist denn auch eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustande gekommen. Die Stägerin nimmt die Beleidigungsklage gegen den Generaldirektor zurück und wird in der Küche weiter beschäftigt, wo sie Holzpanzerverbot tragen darf, denn dorthin dringt nicht das Auge von Gästen, die an dieser Fußbekleidung Anstoß nehmen könnten.

Aufhebung polnischer Gewerkschaften.

Warschau, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anordnung der Behörden sind in Czestochowa die Gewerkschaften der Leder-, Holz- und Kaphalindustrie aufgelöst worden.

Einigung in Norwegen.

Oslo, 23. März. (Til.) Der norwegische Konflikt ist jetzt beigelegt. Die neuen Uebereinkommen beruhen in der Hauptsache auf einer Erhöhung der Löhne von neun Prozent, die ungefähr der Preissteigerung entspricht.

Achtung, Zimmerer! Bei der K. O. für Haus- und Fabrikbau, Berlin, Dönhofsstr. 38, wird in Neukölln auf der Baustelle Ziegelfraße wegen Lohnunterschied gestreikt. Josef Koldziej, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 99/100, sucht für die Baustelle Streikbrecher. Koldziej will Zimmermann sein und noch mehr Arbeitsstellen haben. Kameraden, die Baustelle Ziegelfraße sowie alle Arbeitsstellen, die Koldziej hat, sind gesperrt. Liebt Solidarität mit den Streikenden.

Zentralverband der Zimmerer, 3. Klasse Berlin u. Ums.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Viktor Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: R. G. Pöhlner; Sekretär: Emil Koldziej; Berlin; Verlag: Borsch-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Borsch-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 1.

Reichshallen-Theater. Allabendl. 8 U. u. Sonntagsnachm. 3 Uhr. Sieffner Sänger. Neul Sport-Müller Neul. Nachm. halbe Preise, vollen Preis.

WINTERGARTEN. Novitäten-Spielplan. Sonnt. 3/4 halbe Preise, Sauchen gestatet.

Theater am Kolonnen Tor. Tagl. 8 Uhr und Sonntags nachm. 3 Uhr. Elise-Sänger. Vorkaufspreise über Humor. Volkstümliche Preise.

Sprechmaschinen. Gelegenheitskauf! Riesenposten! Konzertapparate, trichterlos. Nr. 4 5 7. M. 9,50 11,- 15,- 18,-. Haubenapparate, echt Eiche. Nr. 11 12 14 16. M. 26,- 35,- 45,- 58,-. Schrankapparate, echt Eiche. Nr. 19 20 24 26. M. 89,- 118,- 128,- 168,-. Vollkommenste Wiedergabe. Platten wieder billig! 30 cm 1,90 M.

Auf Teilzahlung! Herren-Garderobe. Gute Qualitäten zu soliden Preisen. CANNITZER. Schönhauser Allee 821, am Untergundbht. Nordring.

Metzner Kinderwagen-Weihhaus. Gut billig. Andreaskir. 23, Brunnenstr. 95. Neusselstr. 67, Leipziger Str. 54. u. u. Neukölln, Vergstr. 133. u. u. Spandau, Charlottenstr. 24a. Niederischneweide, Brückenstr. 9. Nordmöbel / Metallbetten / Liegeflüßle.

LJUERGENS ALEXANDER PLATZ. Das große neue System Trinkpöppchen. Verkaufte. Raumverhältnisse für Haus- und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme. Emil Koldziej G. m. b. H., Friedrichstraße 38, Berlin 66.

Möbel. Metallbetten West 15,-, 17,-, 20,-, Doppelbetten 34,-, Einzelbetten 18,-, Kuffern 6,-, 10,-, 18,-, Chiffoniere 12,-, 15,-, 22,-, Teilschlupf, 20,-, 25,-, 30,-, 35,-, 40,-, 45,-, 50,-, 55,-, 60,-, 65,-, 70,-, 75,-, 80,-, 85,-, 90,-, 95,-, 100,-. Musikinstrumente. Klavier, Harmonium, Akkordeon, Gitarre, Violine, Violoncello, Kontrabaß, Trompete, Posaune, Horn, Klarinette, Saxophon, Mundharmonika, Ziehharmonika, Orgel, Glockenspieler, Schellack, Grammophon, Schallplatten, Tonbänder, Radios, Grammophon, Schallplatten, Tonbänder, Radios, Grammophon, Schallplatten, Tonbänder, Radios.